

Die Schweiz: Aktiv im globalen Kampf gegen Korruption

Bundesrat Didier Burkhalter
zum Inkrafttreten des Gesetzes über
unrechtmässig erworbene
Vermögenswerte



Korruption verursacht weltweit grosses Leid. Korruption beeinträchtigt die Menschenrechte, behindert die Entwicklung und führt zu Instabilität, die den Keim neuer Konflikte in sich trägt. Zusammen mit anderen Faktoren kann Korruption Frieden und Sicherheit gefährden.

Erfreulicherweise sind die Entscheidungsträger, die die Regierungen der grössten Finanzplätze vertreten, sowie viele Länder des Südens seit einiger Zeit gewillt, den Kampf gegen die Korruption zu verschärfen. Nicht

nur Diktatoren tragen Schuld daran, dass Korruptionsgelder aus dem Süden in den Norden gelangen, sondern auch die entwickelten Länder, deren Gesetze dies nicht verhindern. Es handelt sich also um eine gemeinsame Verantwortung.

Die Schweiz ist aufgrund der Bedeutung ihres Finanzplatzes und ihrer aussenpolitischen Ziele besonders betroffen von diesen Entwicklungen. Sie leistet häufig Unterstützung bei breit angelegten Korruptionsermittlungen wie zur 1MDB-Affäre (Malaysia) oder zur Petrobras-Affäre (Brasilien).

Die Schweiz muss ihre Interessen mit den in der Bundesverfassung verankerten Grundwerten in Einklang bringen, insbesondere mit der Armutsbekämpfung und der Förderung von Menschenrechten und Demokratie. Sie muss die Kohärenz zwischen Aussenpolitik und Entwicklungspolitik, für die sie erhebliche Mittel bereitstellt, weiterhin gewährleisten. Damit

die Entwicklungszusammenarbeit grösstmögliche Wirkung erzielt, muss die Korruption in den Empfängerländern zurückgedrängt werden. Unterschlagenes Geld ist Geld, das bei der Finanzierung von Schulen und Spitälern fehlt.

Die Einziehung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte wird mitunter mit einer Feuerwehrrübung verglichen. Aber es muss vor allem früher angesetzt werden, um zu vermeiden, dass unrechtmässig erworbene Vermögenswerte auf unserem Finanzplatz angelegt werden. Falls sie doch in die Schweiz gelangen, müssen wir alles unternehmen, um sie aufzuspüren, zu sperren und die Rückerstattung an die Herkunftsstaaten zu ermöglichen.

Deshalb wurde das neue Bundesgesetz über die unrechtmässig erworbenen Vermögenswerte (SRVG) verabschiedet, das am heutigen 1. Juli 2016 in Kraft tritt. Das Gesetz vermittelt ein deutliches Signal: Unrechtmässig

erworbene Vermögenswerte sind in der Schweiz nicht erwünscht und wir lassen nicht zu, dass unser Finanzplatz missbraucht wird. Das Gesetz ermöglicht die Behandlung solcher Fälle von der Sperrung bis zur Rückerstattung der Gelder an die Herkunftsstaaten. Es ist ein anschauliches Beispiel für die aktive Rolle der Schweiz in diesem Bereich, die im Ausland allgemein anerkannt wird.

Die drei laufenden Sperrungen gegen Tunesien, Ägypten und die Ukraine betreffen über 100 politisch exponierte Personen; insgesamt wurden etwa 730 Millionen Franken gesperrt. Knapp fünf Jahre nach den Aufständen in der arabischen Welt ist indessen noch kein Ende der von den Behörden der betroffenen Länder angestrebten Gerichtsverfahren abzusehen. Der Schlüssel liegt in einer engen Partnerschaft mit den Herkunftsstaaten. Dies kann zu echten Erfolgen führen, wie zum Beispiel im Fall von Nigeria, wo die Schweiz vor kurzem die

Rückzahlung einer weiteren Tranche von 321 Millionen Dollar veranlasst hat, die der Abacha-Clan zuvor nach Luxemburg geschafft hatte. Allerdings kann die Schweiz nicht an die Stelle der Justizbehörden des Herkunftslandes treten, wenn diese ehemalige Machthaber oder ihnen nahe stehende Personen frei spricht, wie zum Beispiel Ägypten. Damit eine Rückerstattung möglich ist, muss die unrechtmässige Herkunft der Vermögenswerte bewiesen werden. Ist dies nicht der Fall, kommt es zu einem Freispruch.

Fast 30 Jahre nach der ersten Sperrung der Marco-Gelder durch den Bundesrat dürfen wir stolz sein auf unsere Erfolge und unsere Politik: Die Schweiz erstattete rund zwei Milliarden Franken zurück – mehr als jeder andere Finanzplatz. Doch der Weg hin zu einer Welt, in der die Regierungen sich nicht mehr auf Kosten ihrer Völker bereichern, ist noch lang. Deswegen müssen wir unsere Anstrengungen fortsetzen.